DAS ZERBROCHENE GEWEHR

Mai 2002 Nr. 55 £ 0.50/US$ 0.75/ 0.75

15. Mai 2002: Internationaler Tag zur Kriegsdienstverweigerung

Schwerpunkt zur Kriegsdienstverweigerung auf dem Balkan

15. Mai rund um die Welt

■ Andreas Speck

In vielen Städten überall auf der Welt werden AntimilitaristInnen und KDV-Gruppen am 15. Mai aktiv sein, und den Internationalen Tag zur Kriegsdienstverweigerung begehen. Die WRI erhielt einige Berichte zu Aktivitäten in verschiedenen Ländern - ein kleiner Eindruck, was geschehen wird.

BELGIEN
Internationale Aktion zum Internationalen Tag zur Kriegsdienstverweigerung, organisiert durch die War Resisters' International

GROSSBRITANNIEN
The Right to Refuse to Kill, Zeremonie am Gedenkstein für Kriegsdienstverweigerer am Tavistock Square, London, 12 Uhr (mit RednerInnen der WRI)

JUGOSLAWIEN
Food not Bombs und Open Air Punk-Konzert (unplugged) in Belgrad, organisiert von der Gruppe der Kriegsdienstverweigerer.

MAZEDONIEN
Aktion für Kriegsdienstverweigerung in Skopje, organisiert von der Gruppe für antimilitaristische Aktion

POLEN
Happenings und Reden zur Kriegsdienstverweigerung in Warsaw, Wroclaw, Katowice und Lublin, organisiert von amnesty international - KDV Team

Die War Resisters' International möchte gerne mehr wissen über Eure Aktionen am 15. Mai 2002 - bitte sendet Eure Berichte und/oder Fotos an:

War Resisters' International
5 Caledonian Road
London N1 9DX, Grossbritannien
email: info@wri-irg.org



Solidaritätsaktion für Totalverweigerer. KDV-AktivistInnen schliessen ein Gericht als Protest gegen die Kriminalisierung von Totalverweigerern. Auf den Schildern steht: "Schönes Wetter statt Kriminalisierung" und "Gericht heute geschlossen" *Foto: Andreas Kiefer*

■ Andreas Speck

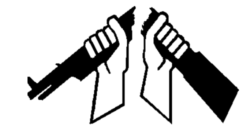
Der 15. Mai ist der Internationale Tag zur Kriegsdienstverweigerung. Für die War Resisters' International und ihre Mitgliedsorganisationen ist das ein wichtiger Anlass, um für das Recht, das Töten zu verweigern, zu agieren, und um Aufmerksamkeit auf Kriegsdienstverweigerung und Antimilitarismus zu lenken.

Im Jahr 2002 konzentriert die War Resisters' International ihre Aktivitäten auf die Situation von Kriegsdienstverweigerern auf dem Balkan - nicht nur das ehemalige Jugoslawien, sondern auch die Türkei und Griechenland. Auch wenn sich die Situation in diesen Ländern in vielerlei Hinsicht unterscheidet, so haben doch die meisten dieser Länder einen Punkt gemeinsam: der Kampf für das Recht, das Töten zu verweigern, steckt irgendwie fest. Die Entscheidung der War Resisters' International, sich bei den Aktivitäten zum 15. Mai 2002 auf diese Länder zu konzentrieren, soll dazu dienen, diese KDV-Bewegungen zu unterstützen, und den Kampf für das Recht, das Töten zu verweigern wieder in Bewegung zu bringen.

Diese Ausgabe des Zerbrochenen Gewehrs bietet Hintergrundinformationen zu einigen dieser Länder: Kroatien, Serbien, und Griechenland. Zusätzlich beleuchtet diese Ausgabe die Geschichte des 15. Mai - des Internationalen Tages zur Kriegsdienstverweigerung - und beinhaltet eine Diskussion zum Menschenrechtsansatz im Gegensatz zum antimilitaristischen Ansatz zur Kriegsdienstverweigerung.

Zum ersten Mal stellen wir ausserdem eine Liste inhaftierter Kriegsdienstverweigerer bereit - ähnlich unserer Liste der Gefangenen für den Frieden am 1. Dezember, aber mehr eingeschränkt auf Kriegsdienstverweigerung. Unterstützt diese inhaftierten Kriegsdienstverweigerer - und unterstützt uns in unserer Arbeit zur Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern!

Andreas Speck arbeitet im Büro der War Resisters' International.





Totale Kriegsdienstverweigerung gegen totale Kriegsvorbereitung *Foto: Andreas Kiefer*

Kriegsdienstverweigerung in Kroatien

(April/Mai 2002)

■ Natalie Sipak

Am 6. April 2002 wurde in Kroatien ein neues Gesetz zur Verteidigung verabschiedet. Eine der wichtigsten Fakten aus diesem Gesetz ist, dass es klar erklärt, dass der Zivildienst (Alternativdienst) durch ein eigenes Gesetz geregelt wird, unter der Aufsicht des Justizministeriums (derzeit) oder des Ministeriums für Arbeit und Soziales.

Soweit wir wissen, ist ein endgültiger Vorschlag für dieses Gesetz ausgearbeitet. ARK hat nur einen rohen Entwurf des Gesetzes gesehen, und der sah nicht zu gut aus. Wir haben bereits eine offizielle Beschwerde beim Justizministerium eingereicht (zusammen mit amnesty international), da wir nicht zu der Arbeitsgruppe, die am Entwurf gearbeitet haben, hinzugezogen bzw. eingeladen wurden. Noch gibt es keine offizielle Stellungnahme dazu.

Derzeit sieht es so aus, dass sich das Justizministerium unter grossen Druck befindet, eine endgültige Fassung vorzulegen, da es einen grossen Anstieg in der Zahl der KDV-Anträge gibt. Im letzten Jahr wurden 4.009 Anträge gestellt (in 2000 waren es nur 680!), was ungefähr 20% der Wehrpflichtigen ausmacht.

In diesem Jahr gab es bis zum 15. März bereits 1.500 Anträge (7.5%), und die Zahl steigt rapide. Das Büro für Zivildienst (im Justizministerium) ist von KDV-Anträgen völlig überschwemmt, und da es bisher kein neues Gesetz gibt, wurden keine neuen Organisationen zu den Einsatzplätzen für zivilen (alternativen) Dienst hinzugefügt, bei denen der Dienst abgeleistet werden kann. Nach den derzeitigen Regeln muss der Verteidigungsminister jeden Antrag einer Organisation, die auf dieser Liste sein möchte, unterzeichnen. Er hat sich in den letzten zwei Jahren geweigert, das zu tun, so dass alles blockiert ist, bis das neue Gesetz zum Zivildienst verabschiedet und das derzeitige Verfahren geändert ist.

In letzter Zeit hat es auch eine steigende Zahl von Beschwerden von KDVern über soziale Diskriminkierung gegeben. Eine grosse Zahl von KDVern verfügt über keinerlei Einkommen, während sie ihren Dienst ableisten (sie erhalten von der Regierung keinerlei finanzielle Aufwandsentschädigung, abgesehen von den Kosten für Transport), was bedeutet, dass ihre Familien durch einen Mangel an Einkommen zum Lebensunterhalt gefährdet sind. Nach dem derzeitigen Gesetz ist es KDVern nicht erlaubt, während der Ableistung des Zivildienstes zu arbeiten.

Die Debatte über die Abschaffung der Wehrpflicht ist noch immer recht lebendig, und natürlich gibt es unterschiedliche Meinungen. Es gibt verschiedene Blickwinkel, und es beinhaltet Fragen der nationalen Sicherheit, Geld, NATO-Mitgliedschaft, etc…

ARK spricht sich offen und konsistent für die Abschaffung der Wehrpflicht aus (und des Militärs selbst, selbstverständlich ☺), doch wurden von verschiedenen NGOs Fragen zur zivilen Kontrolle über eine "professionelle" Armee gestellt.

ARK und andere NGOs, die in Kroatien zu KDV arbeiten, sind in ihrer "Politik" der Entmilitarisierung konsistent. Wir unterstützen das Konzept der Totalverweigerung offen, und sind für einen zivilen (alternativen) Dienst als einen freiwilligen, und nicht verpflichtenden, Weg die Gemeinschaft zu unterstützen.

Die KDV-Bewegung in Kroatien ist sehr "informell und locker", was bedeutet das es eine Kooperation verschiedener NGOs, die zu diesem Thema arbeiten, gibt, und sogar Unterstützung von NGOs, die normalerweise zu anderen Themen engagiert sind. Doch es gibt keine konsistente "sichtbare Bewegung", sondern mehr individuelle alltägliche Arbeit mit gemeinsamen Kampagnen/Aktionen zu verschiedenen Anlässen. Das informelle Netzwerk von KDV-Gruppen in Kroatien vernetzt Zagreb-Vinkovci-Vukovar-Porec-Osijek-Cakovec-Karlovac-Pula.

ARK bemüht sich (doch nicht sehr erfolgreich, aufgrund des Mangels an AktivistInnen ☹), Kontakt mit verschiedenen NGOs in allen Teilen Kroatiens (insbesondere der ehemaligen "Krajina"-Region und Dalmatien) aufzunehmen, die Willens wären, KDV-Arbeit zu leisten (Beratung, Rechtsberatung, Aktionen, Kampagnen, usw.).

Die Lobbyarbeit für ein Zivildienstgesetz wird weitergehen, gemeinsam mit amnesty international Kroatien und anderen KDV-Gruppen.

Es gibt recht gute Kontakte mit KDV-Gruppen aus der Region (Bosnien und Herzegowina, Slowenien, Serbien, Montenegro, Mazedonien), und verschiedene Ideen zur Kooperation und zum Erfahrungsaustausch.

Für den Internationalen KDV-Tag am 15. Mai startet ARK die öffentliche Kampagne "Zivildienst ist safer", was die landesweite Kampagne für Zivildienst und Kriegsdienstverweigerung sein wird. Die Idee ist, 5.000 Kondome an die Öffentlichkeit zu verteilen (in Zusammenarbeit mit dem NGO-Netzwerk für KDV: Zagreb-Vinkovci-Vukovar-Porec-Osijek-Cakovec-Karlovac-Pula). Jedes Kondom wird in einer Kartonschachtel verpackt sein, mit schriftlichen Informationen zur sexuellen Gesundheit und dem Gebrauch von Kondomen, und einem Infoblatt wo und wie ein Antrag zur KDV gestellt werden kann, und wo man lokal weitere Informationen zur KDV bekommen kann. Die Kampagne wird in Zusammenarbeit mit der Frauen-NGO CESI-Center for Education and Counselling of Women mit Sitz in Zagreb durchgeführt.

Das Logo der Kampagne ist ein Maschinengewehr, dass in einem Kondom steckt ☺.

Natalie Sipak ist bei ARK aktiv und ist Mitglied im Vorstand der WRI.

Antiratna Kampanja Hrvatske (ARK)
Gunuliceva 1
10000 Zagreb;
tel /fax +385 1 615 8711
email ark@zamir.net
website www.zamir.net/~ark/

Jugoslawien: neues Gesetz, aber nichts neues

Kriegsdienstverweigerung in Jugoslawien (Serbien und Montenegro)

■ Igor Seke

Jugoslawien hat im Januar 2002 ein neues Militärgesetz verabschiedet, aber auch dieses Gesetz beinhaltet keine Regelung zur Kriegsdienstverweigerung. Kriegsdienstverweigerer können nur einen Dienst ohne Waffen innerhalb der jugoslawischen Armee ableisten - was offensichtlich keine befriedigende Situation darstellt. Die Berichte der Medien haben zu großer Verwirrung beigetragen, einige schrieben von einem "militärischen Zivilen Dienst", und es gab sogar welche, die diese Möglichkeit als echten Zivilen Dienst präsentierten, so dass viele Wehrpflichtige sehr verunsichert waren. In der Realität ist die einzige wirkliche Veränderung die Verkürzung des Militärdienstes: jetzt beträgt die Dauer des Militärdienstes 9 Monate, des Militärdienstes ohne Waffen 13 Monate.

Es ist weiterhin kaum absehbar, ob wir uns dem mittelfristigen Ziel annähern, d.h. der Einführung eines echten Zivilen Dienstes, insbesondere, wenn man unsere politische Situation sieht: Mit der Verhaftung von Moncilo Perisic, dem ehemaligen Chef der jugoslawischen Armee und Mitglied des Sicherheitsrates der Bundesrepublik Jugoslawien zeigte der Geheimdienst der jugoslawischen Armee, dass er weiter sehr gut organisiert und informiert ist.

Aufgrund der Vereinbarung zwischen Serbien und Montenegro, eine neue Union von zwei Ländern zu bilden, reduzierten die Bundesinstitutionen ihre Arbeit an den Bundesgesetzen, wie zum Beispiel am Gesetz über den Zivilen Dienst. Die Union wird eine neue Verfassung erhalten und alle Gesetze müssen entsprechend angepasst werden. Zur Zeit wurde nur das Gesetz über die Kooperation mit dem Internationalen Tribunal in Den Haag verabschiedet, weil sonst Jugoslawien neue ökonomischen Sanktionen zu befürchten gehabt hätte. Unsere Regierung glaubt, dass alle anderen Gesetze nach der Einführung der neuen Union verabschiedet werden können.

Das Gesetz über die Kooperation mit dem Tribunal in Den Haag rief die alte Spaltung von "Verrätern" und "Patrioten" wieder auf den Plan. Meinungsumfragen zeigen, dass ein großer Teil der serbischen Bevölkerung gegen die Auslieferung derer ist, die als Kriegsverbrecher angeklagt sind, insbesondere von Karadzic, Mladic, Sljivancanin... Überall in Belgrad sind Plakate von Karadzic zu sehen, wie auch Plakate von bewaffneten Tschetniks - der serbischen nationalistischen Guerilla - auf denen gesagt wird: "Keine Sorge, wir warten auf Dich". Der Selbstmord von Vlajko Stojiljkovic, ehemaliger Minister der serbischen Polizei, der oben auf der Liste der Auszuliefernden stand und sich vor dem Bundesparlament umbrachte, um damit Zusammenstöße zwischen Bürgern veschiedener politischer Fraktionen zu provozieren, wie es in seinem Selbstmordbrief stand, ist



Belgrad ist voll mit Plakaten die erklären: “Wir sind alle Radovan (Karadzic)”, und gegen die Auslieferung des ehemaligen bosnischen Serbenführers an Den Hague protestieren.
Photo: Andreas Speck

ein offensichtliches Beispiel, wie wenig ein Leben in Serbien wert ist. Wenn er sein eigenes Leben so wenig zu schätzen wusste, können wir uns vorstellen, wie viel ihm das Leben anderer wert gewesen war, das Leben von Polizeioffizieren, die er kommandierte, das Leben von Menschen, gegen die er im Kosovo und anderswo gekämpft hat, ob sie nun Uniform trugen oder nicht.

Vielleicht sollten wir der täglichen Politik nicht so viel Aufmerksamkeit schenken, aber es ist wichtig zu sehen, dass die in unserer Gesellschaft hochgehaltenen Regeln weit entfernt davon sind, "demokratisch" oder "gesetzlich" zu sein, wie es unsere Machthaber erzählen und erträumen und dass wir in der Realität eine vollständig militarisierte Gesellschaft haben.

Zur Kriegsdienstverweigerung führten wir im ersten Quartal 2002 eine Reihe von Aktivitäten durch, die ich hier kurz vorstellen möchte:

Am 19. Januar fand im Büro von Frauen in Schwarz ein eintägiges Treffen statt. Es kamen mehr als 30 Aktive aus 14 Städten ganz Serbiens. Auf dem Treffen erklärte der Vertreter des Jugoslawischen Rechtsanwält-Innenkomitees für Menschenrechte (YUCOM), dass die Gesetzesinitiative zur Kriegsdienstverweigerung, die von mehr als 30.000 UnterstützerInnen unterzeichnet wurde, immer noch irgendwo in der Bürokratie des Bundesparlamentes hängt. Wir entschieden uns, einen stärkeren lokalen Ansatz zu verfolgen und Informationen über Institutionen zu sammeln, bei denen ein Ziviler Dienst abgeleistet werden könnte. Wir diskutierten auch die Rekrutierung von Minderjährigen für die Militärschulen, die unter der Verwaltung des Verteidigungsministeriums und nicht des Erziehungsministeriums stehen und stellten fest, dass dies allen Erklärungen über Kinderrechte widerspricht und dass wir eine Kampagne gegen jedweden militärischen Gebrauch von Minderjährigen starten sollten.

Im Februar veröffentlichten wir die 9. Ausgabe von "Prigovor", dem Magazin für Antimilitarismus und Kriegsdienstverweigerung. Unter http://prigovor.tripod.com stellten wir eine Testversion von Prigovor online - im Moment nur in serbisch.

Mitte Februar ließen wir 20.000 Flugblätter drucken, mit dem Ziel, die Begriffe "Kriegsdienstverweigerung", "Zivilen Dienst" und "Dienst ohne Waffen" klarzustellen. Die Medien, wie oben angemerkt, verursachten viel Verwirrung durch ihre falschen Interpretationen und waren nicht bereit, irgendwelche Korrekturen zu veröffentlichen, so dass wir die Flugblätter drucken ließen und in ganz Serbien und Montenegro verteilten. Zu diesen Flugblättern erhielten wir auch erfreuliche Rückmeldungen, weil uns viele neue Leute anriefen und ihre Bereitschaft ausdrückten, sich an unseren Aktivitäten zu beteiligen.

Die Aktion, Informationen über Institutionen zu sammeln, bei denen in der Zukunft ein Ziviler Dienst abgeleistet werden könnte, lief sehr gut. Wir erhielten von mehr als 50 Organisationen Rückmeldungen, dass sie bereit sind, Kriegsdienstverweigerer aufzunehmen. Wir haben bislang noch keine Informationen in Belgrad selbst gesammelt, so dass wir am Ende noch eine höhere Zahl erwarten. Wir traten auch in Kontakt mit Vertretern des serbischen Roten Kreuzes. Das Rote Kreuz übergab daraufhin der jugoslawischen Armee einen Vorschlag, in dem es sie aufforderte, Kriegsdienstverweigerern die Ableistung eines Zivilen Dienstes im Roten Kreuz zu erlauben. Die Vertreter der Armee reagierten auf diese Idee sehr negativ und fragten, unter welchem Befehl die Verweigerer stehen würden, wenn sie den Dienst im Roten Kreuz ableisteten. Das Rote Kreuz hat einen gut organisierten Informationsdienst, der bei unseren zukünftigen Kampagnen noch sehr nützlich sein kann.

Es gab einige Treffen von Gruppen von Kriegsdienstverweigerern, um für den 15. Mai, dem Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung, Aktivitäten vorzubereit-

en. Bisher haben wir uns für Aktivitäten in verschiedenen Städten in Serbien und Montenegro entschieden und wollen dafür neue Flugblätter mit folgender Forderung produzieren: Weg mit der Wehrpflicht und dem militärischem Zwangsdienst. Wir denken, dass wir uns mit dieser Forderung klar antimilitaristisch und pazifistisch positionieren können. Trotzdem bedeutet dies nicht notwendigerweise die Einstellung unserer Arbeit für die Einführung eines Zivilen Dienstes, weil es einige Leute im Netzwerk gibt, die nichts dagegen einzuwenden haben. Aber wir denken, dass es jedermanns grundlegendes Recht sein sollte, zu entscheiden, ob er einen Militär-, einen Zivil- oder keinen Dienst ableisten will.

Wir beschlossen auch, unser Augenmerk auf den Rüstungshaushalt zu richten - er beträgt 66% der Staatsausgaben - da die Kriege in der Region hoffentlich endgültig vorbei sind. Im März schickten wir einen Vertreter zum antimilitaristischen Forum nach Zaragoza, Spanien, dass unter dem Titel "Desertiert aus dem Weltreich!" von der Bewegung der Kriegsdienstverweigerer (MOC) organisiert worden war. Ende März organisierten wir als Teil des Besuches von Frauen in Schwarz aus Italien eine Diskussionsrunde über antimilitaristische Bewegungen in Italien und Serbien. Es wurden neue Formen des Militarismus in Italien nach Ende der Wehrpflicht diskutiert wie auch Möglichkeiten, in Zukunft dagegen zu kämpfen. Wir setzten uns zudem mit neuen Interpretationen des Begriffes "Sicherheit" auseinander, wie sie von der NATO und den westlichen Regierungen definiert wurden. Wir stellten unsere spezifischen Probleme dazu dar und kamen zu dem Schluss, dass auch unsere militärischen Strukturen, auf ihre eigene Art und Weise, versuchen, ihren Platz im neuen System der kollektiven Verteidigung zu finden, aber die letzten 10 Jahre und die Beteiligung der jugoslawischen Armee an den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien und der Krieg mit der NATO im Jahre 1999 haben diesen Prozess verlangsamt und für die Öffentlichkeit weniger sichtbar werden lassen.

Wir sind uns bewusst, dass sich die Integration der jugoslawischen Armee in ein System der kollektiven Verteidigung, wie dem der NATO oder der Partnerschaft für den Frieden, gegen die Interessen der hiesigen Bevölkerung richtet, weil es nicht weniger, sondern mehr Militarisierung der Region bedeutet. Und unsere Sicherheit wird nicht durch die Anwesenheit von mehr Soldaten in unserem Land steigen, seien es nun unsere oder ausländische. Die Integration der jugoslawischen Armee könnte vielmehr das Bild, das es vom Westen gibt, verbessern und so die Möglichkeit eröffnen, neue Waffen zu kaufen und zu modernisieren und dazu führen, dass die NATO am Ende alle Länder des Balkans besetzt hält.

Igor Seke arbeitet mit der KDV-Gruppe innerhalb der Frauen in Schwarz Belgrad
Übersetzung aus dem Englischen: Rudi Friedrich

Griechenland: Kriegsdienstverweigerer vor Gericht

■ Union der Kriegsdienstverweigerer

Der griechische Kriegsdienstverweigerer Lazaros Petromelides stand am 16. April 2002 vor Gericht, doch das Verfahren wurde wieder vertagt - auf den Herbst 2002.

Lazaros Petromelides wurde 1992 einberufen, seinen Dienst bei der griechischen Marine abzuleisten, und er folgte dem, was damals von der griechischen Union der Kriegsdienstverweigerer empfohlen wurde, und schickte einen Brief, in dem er die Gründe, die ihm verboten in der Armee zu dienen, darlegte. Im gleichen Brief bat er darum, einen Platz in einem alternativen, nicht-militärischen nationalen Dienst zugewiesen zu bekommen. Es gab damals keine Regelungen für einen solchen Dienst. Die Marine erklärte ihn im März 1992 zum "Wehrflüchtigen", und drei Monate später wurde es ihm untersagt, ins Ausland zu reisen. Zu dieser Zeit war es die übliche Praxis von Kriegsdienstverweigerern öfter umzuziehen, so dass die Behörden ihre Spur verlieren würden, doch Petromelides zog es vor, an seiner bekannten Adresse zu bleiben.

Um Weihnachten 1996 herum wurde er vor das Marinegericht zitiert, wo die Staatsanwaltschaft ihm "Wehrpflichtentziehung in Zeiten allgemeiner (militärischer) Mobilmachung" vorwarf (Griechenland ist seit der türkischen Invasion auf Zypern 1974 aus innenpolitischen Gründen in einem Status "allgemeiner militärischer Mobilmachung" verblieben). Da es mit Sicherheit zur seiner Verhaftung geführt hätte, wenn Petromelides vor Gericht erschienen wäre, hat er eine schriftliche Erklärung geschickt, in der er seine Meinung darlegte. Die Staatsanwaltschaft hat diese Erklärung nicht akzeptiert. Er erstellte stattdessen einen Haftbefehl, obwohl das Verteidigungsministerium bereits versprochen hatte, dem Parlament ein Gesetz vorzulegen, dass Kriegsdienstverweigerung anerkennen würde. Gesetz 2610/97 wurde nur vier Monate später verabschiedet. Dennoch wurde einen Monat nach Ausstellung des Haftbefehls vom Justizrat von Peiraeus angeordnet, dass Petromelides in Haft zu nehmen ist, da er eine "besonders gefährliche Person" ist.

Im April 1998, nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes, verhafteten Polizeibeamte der Polizeiwache von Drapetsona (wo Petromelides lebt) ihn wegen "Wehrdienstentziehung". Nach griechischem Recht mussten sie ihn wieder gehen lassen, und gleichzeitig das Rekrutierungsbüro der Marine über den Arrest informieren. Doch die Polizei interpretierte die Order des Justizrates fälschlicherweise als über dem Gesetz stehend und inhaftierte Petromelides rechtswidrig im Militärgefängnis von Korinth. Diese Inhaftierung erhielt grosse öffentliche Aufmerksamkeit, und da Petromelides weiterhin für einen zivilen nationalen Dienst zur Verfügung stand, ordnete das Marinegericht von Peiraeus nach 5 Tagen an, dass Petromelides aus der Haft zu entlassen ist, damit er formal einen Antrag auf einen Alternativdienst stellen kann.

Petromelides wurde im Januar 1999 als Kriegsdienstverweigerer anerkannt, doch wurde er zu 30 Monaten Dienst im Altenheim in Kilkis einberufen, einer Stadt 550 km entfernt von seiner Familie. Würde er zum Militärdienst bereit sein, würde er für vier Monate in der Nähe seiner Familie Dienst leisten. Daher betrachtete Petromelides das Gesetz, auf dessen Basis diese Order erlassen wurde, als der griechischen Verfassung widersprechend. Er erschien daher nicht zum Dienst, sondern ergriff die einzige juristische Handlung, die ihm zur Verfügung stand. Er stellte (innerhalb des angemessenen Zeitrahmens, im März 1999) einen Antrag an das Oberste Gericht (Symboulio tis Epikrateias, StE).

Das Marinegericht von Peiraeus zog nichts von dem in Erwägung. Entsprechend der Regelungen des Gesetzes 2510/97 wurde Petromelides der KDV-Status aberkannt und erneut im April 1999 vor Gericht zitiert. Er erschien vor Gericht, wurde zu vier Jahren Gefängnis wegen "Wehrdienstentziehung in Zeiten allgemeiner (militärischer) Mobilmachung" verurteilt und im Militärgefängnis von Korinth eingesperrt.

Eine grosse Welle der Solidarität entwickelte sich, während der offizielle Ombudsmann (Sinigoros tou Politi, StP) in einem speziellen Bericht zur Kriegsdienstverweigerung ausdrückte, das Petromelides Anfragen gerechtfertigt seien. Diese Entwicklungen führten zur Freilassung von Petromelides durch das Berufungsgericht nach zweieinhalb Monaten. Das Verfahren vor dem Berufungsgericht wurde schliesslich unterbrochen, um die Entscheidung des Verfassungsgerichts abzuwarten. Im Parlament antwortete der Verteidigungsminister auf die Frage eines Abgeordneten, dass die Regierung an einer Gesetzesänderung basierend auf dem Bericht des Ombudsmannes arbeiten würde. Trotz alledem wurde Petromelides nach seiner Freilassung erneut zum Militärdienst einberufen. Er folgte dem nicht, und ein weiterer Haftbefehl für die gleiche Tat wurde ausgestellt, der jedoch bisher nicht umgesetzt wurde.

Heute, nahezu drei Jahre später, hat sich nichts geändert. Das StE ist noch nicht zu einer Entscheidung gekommen, was ein Anzeichen dafür ist, wie wichtig diese Frage ist.

Die Situation von Petromelides ist repräsentativ für die rechtliche Situation vieler griechischer Kriegsdienstverweigerer, da weitere Haftbefehle und Anklagen wegen Wehrpflichtentziehung eine Situation geschaffen haben, die auch die Gerichte nicht erfolgreich lösen können. Radikale Lösungen sind notwendig, einschliesslich der bedingungslosen Freilassung inhaftierter KDVer, Anerkennung des Rechtes, den Militärdienst aus Gewissensgründen zu verweigern, Verfahren gegen KDVer vor zivilen und nicht vor Militärgerichten, und, vor allem, die Entziehung der Zuständigkeit des Verteidigungsministeriums für Kriegsdienstverweigerung, entsprechend den Vorschlägen des Ombudsmannes.

15. Mai 2002: Kriegsdienstverweigerer im Knast

So funktioniert die Liste

■ Zuerst steht der **Name des/der Gefangenen** (fettgedruckt), gefolgt vom Urteil (in Klammern, sofern bekannt), und dem **Ort der Inhaftierung** (fett), und zuletzt, der *Grund der Inhaftierung* (kursiv).

■ Informationen zu Ländern, in denen Haftstrafen ausgesetzt wurden, oder wo Gefängnisstrafen im Laufe des Jahres abgebüsst wurden, finden sich *kursiv* gedruckt.

Armenien

Am 12. September 2001 wurde Gevork Palyan, Zeuge Jehovahs, wegen Verweigerung des Militärdienstes aus religiösen Gründen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Obwohl Armenien im Sommer 2001 eine Amnestie erließ, die vielen Zeugen Jehovahs, die wegen Kriegsdienstverweigerung inhaftiert waren, die Freiheit brachte, kam es seitdem zu neuen Verurteilungen. Am 12. September befanden sich 13 Zeugen Jehovahs wegen ihrer Weigerung, Militärdienst abzuleisten, im Gefängnis oder in Strafkolonien: Khachatur Zakaryan, Amayak Karapetyan, Arman Atanyan, Vahan Mkroyan, Armen Yeghiazaryan, Vladimir Kiroyan, Vladimir Osipyan, Edgar Bagdasaryan, Aram Shahverdyan, Vachagan Hovhannisyan, Karen Vardanyan, Samvel Vardanyan und Karapet Harutyunyan. Vier weitere, die auf ihren Prozeß warten, und ein fünfter leben zu Hause, unter der Bedingung, dass sie sich regelmäßig bei der örtlichen Polizei melden.

Finnland

Derzeit befinden sich in Finnland sieben Kriegsdienstverweigerer im Knast.

■ **Tuomas Tahko** (13.03.02–30.09.02)
Helsingin työsiirtola, PL 36, 01531 VANTAA
■ **Lauri Uusitalo** (07.01.02–24.07.02)
■ **Ville Laakso** (29.01.02–16.08.02)
■ **Tuomas Mäki** (07.01.02–07.07.02)
Satakunnan vankila, Huittisten osasto, Toivarintie 581, 32700 HUITTINEN
■ **Valo Lankinen** (15.01.02–02.08.02)
Suomenlinnan Työsiirtola, Suomenlinna C 86, 00190 HELSINKI
■ **Ari-Pekka Tamminen** (06.01.02–20.07.02)
Laukaan vankila, PL 55, 41341 LAUKAA
■ **Tomi Tolsa** (04.12.01–10.06.02)
Haminan työsiirtola, Karjakatu 25, 49400 HAMINA

Israel

Seit der Eskalation der Gewalt in Israel/Palestina ist die Zahl der Verweigerer nennenswert angestiegen. Im Durschnitt befinden sich in Israel 40 Verweigerer im Gefängnis. Sie erhalten meistens Strafen zwischen 21 und 28 Tagen, und nach ihrer Entlassung eine neue Einberufung.

Check die WRI website (http://wri-irg.org) für updates.

■ **Amir Samuel**, Reserves Company (18.04.02–19.05.02)
■ **Victor Sabranski**, Military ID 7312440 (25.04.02–20.05.02)
■ **Rafram Haddad**, Military ID 5118505 (29.04.02–24.05.02)
■ **Tomer Livneh**, Military ID 5213558 (23.04.02–17.05.02)
Military Prison No. 4, Military postal number 02507, IDF
■ **Shai Biran**, Military ID 6993743 (25/04/02–20/05/02)
■ **Yiftah Admoni**, Military ID 6961658 (25/04/02–20/05/02)
■ **Alon Dror**, Military ID 7014088 (25.04.02–20.05.02)
■ **Tomer Friedman**, Military ID 6993743 (25.04.02–20.05.02)
Military Prison No. 6, Military postal number 01860, IDF

Korea, Republik

Derzeit befinden sich ca. 1500 Zeugen Jehovahs wegen Kriegsdienstverweigerung im Gefängnis. Jedes Jahr werden can 500 für durchschnittlich 3 Jahre inhaftiert. Mehr Informationen sind erhältlich von:

Solidarity for Peace & Human Rights, 152-053 402-ho yunyoung-building, 1127-33 guro3-dong gurogu, Seoul, Korea, tel. +82-2-851 9086, fax 851 9087, email peace@jinbo.net

Spanischer Staat

Auch wenn die Wehrpflicht nicht mehr vollstreckt wird, befinden sich doch noch einige insumisions im Gefängnis.

■ **Alberto Estefanía Hurtado** (2 Jahre 4 Monate, bis 04.03.03)
■ **Javier Rodríguez Hidalgo** (2 Jahre 4 Monate, bis 20.02.04)
■ **Óscar Cervera García** (2 Jahre 4 Monate, bis 03.07.03)
Prisión Militar de Alcalá de Henares, 28870-Alcalá de Henares (Madrid)
■ **José Ignacio Royo Prieto** (2 Jahre 4 Monate, bis 04.03.03)
Prisión Provincial de Bilbao, Lehendakari Agirre, 92, 48870-Basauri (Bizkaia)
■ **Jesús Belaskoain** (2 Jahre 4 Monate, bis 08.08.02)
Centro Penitenciario de Pamplona, c/ San Roque s/n, 31.008-Iruna
■ **Miguel Felipe Ramos** (2 Jahre und 4 Monate, bis 28.05.03)
Centro Penitenciario Cáceres 1, Crta. De Torrejoncillo, s/n, 100001-Cáceres
Alle sind wegen "insumision" (Totalverweigerung) in den Kasernen inhaftiert; der Erklärung der Totalverweigerung nach dem Betreten der Kaserne.



■ **Ander Eiguren Gandarias** (bis 28.01.03)
Prisión Provincial de Bilbao, Lehendakari Agirre, 92, 48870-Basauri (Bizkaia)
Inhaftiert wegen direkter gewaltfreier Aktion (Eindringen in militärisches Gelände)

Schweiz

■ **Marino Keckeis** (15.01.02–14.06.02)
Haftanstalt Grosshof, Eichwilstrasse 4, 6010 Kriens
Kriegsdienstverweigerer, wurden von den Schweizer Behörden nicht anerkannt. Begann einen Hungerstreik gegen die Inhaftierung von Kriegsdienstverweigerern.

Turkmenistan

In Turkmenistan gibt es keine zivile Alternative zum Militärdienst. Diejenigen, die sich dem Militär verweigern, werden nach dem Strafgesetz inhaftiert.

■ **Yuri Yeremeyev** (08.12.00–07.06.02)
■ **Ilya Osipov** (30.07.01–29.06.02)
Beide sind Zeugen Jehovahs, die wegen Kriegsdienstverweigerung inhaftiert sind. Ihre Gefängnisadressen sind nicht bekannt.

Unterstützung für inhaftierte KDVer: co-alerts

Die War Resisters' International unterstützt Kriegsdienstverweigerer, die wegen ihrer KDV inhaftiert sind, oder sich Repression durch den Staat oder staatsähnliche Gebilde gegenübersehen. *Co-alerts*, per email verschickt, sobald das WRI-Büro Informationen zur Verhaftung oder dem Gerichtsverfahren eines Kriegsdienstverweigerers erhalt, sind ein machtvolles Instrument, um Unterstützung und Protest zu mobilisieren. *Co-alerts* sind per email erhältlich (schicke eine Nachricht an `majordomo@wri-irg.org` mit dem Text `subscribe co-alert` im Textteil der Nachricht) oder im internet unter `http://www.wri-irg.org/cgi/news.cgi` .

Die Debatte zur Kriegsdienstverweigerung - handelt es sich im wesentlichen um ein Menschenrecht, oder ist sie eine antimilitaristische Aktion? - ist innerhalb der War Resisters' International eine alte Debatte, doch noch immer relevant. Hier diskutieren Andreas Speck, WRI-Mitarbeiter, und Bart Horeman, WRI Schatzmeister, diese Frage.

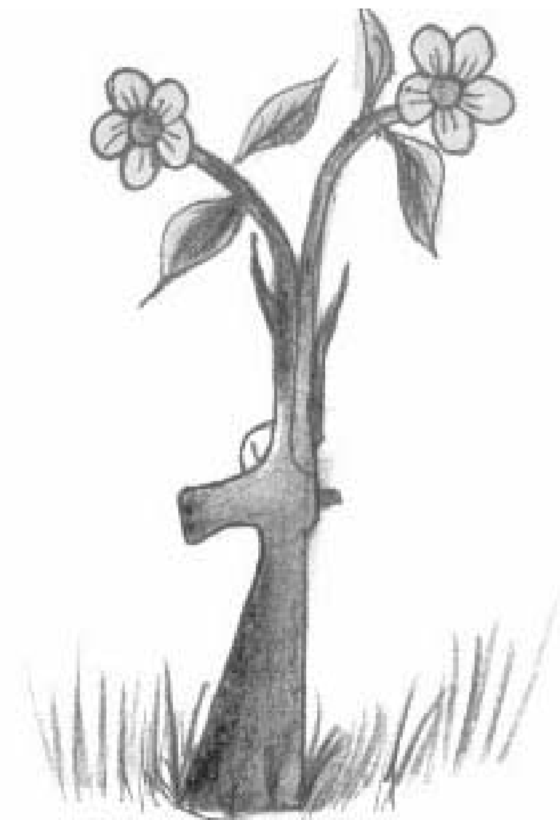
KDV als Menschenrecht vs KDV als antimilitaristische Aktion

■ Bart Horeman & Andreas Speck

Andreas: Als ich Mitte der 80er Jahre total verweigerte, da sah ich meine Totalverweigerung als einen Akt des Zivilen Ungehorsams gegen Militarismus, oder spezifischer gegen das System militärischer Sklaverei, das Wehrpflicht genannt wird. Meine Dienstverweigerung zielte auf die Abschaffung der Wehrpflicht; ich sah sie als kleinen aber wichtigen Beitrag zur Entmilitarisierung der Köpfe der Menschen an. Und auch wenn ich sicherlich meinen Gewissen folgte, so verstand ich meine Kriegsdienstverweigerung doch nie als eine Menschenrechtsfrage. Für mich ist die Existenz des Militärs das zentrale Problem, und (totale) Verweigerung ist ein Weg, diese als gesellschaftliches Problem anzugehen. Der Menschenrechtsansatz thematisiert das nicht - er fordert im wesentlichen, dass diejenigen, die Probleme mit dem Militärdienst haben, die Möglichkeit haben müssen, etwas anderes zu tun. Das stellt das Recht des Militärs zu existieren nicht in Frage, das stellt noch nicht einmal die Wehrpflicht in Frage (in den meisten Ländern mit Wehrpflicht ist der Ersatzdienst eine Möglichkeit, die Wehrpflicht zu erfüllen.), es bietet nur ein Ausnahmerecht für diejenigen, die mit dem Militärdienst persönliche Probleme haben - letztendlich entpolitisiert es die gesamte Frage der Kriegsdienstverweigerung, und verwandelt sie in ein individuelles Problem.

Bart: Mit 15 wusste ich, dass ich nicht zum Militär gehen konnte, doch ich wusste nicht, warum ich so fühlte. Ich war froh zu wissen, dass es die Möglichkeit gab, als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden - die Niederlande hatten ein bereits 60 Jahre altes KDV-Gesetz. Ich kann nicht sagen, dass ich irgendwelchen anderen Gründen als persönlichen verweigerte: ich fühlte mich als Mensch bedroht. Meine Normen und Werte standen in Frage: sie mussten geschützt werden. Das machte mich sehr wütend und sehr dickköpfig. Der Staat zwang mich zu lernen eine gewalttätige Person zu sein, doch ich sprach dem Staat das Recht ab, dies zu tun.

Bevor ich es nicht geschafft hatte, mich von der militärischen Wehrpflicht zu befreien, hatte ich nicht den Raum, über die politische Seite der Wehrpflicht nachzudenken. Natürlich wollte ich die Wehrpflicht abgeschafft sehen. Das kam überraschender als ich dachte. In den Niederlanden wurde die Wehrpflicht abgeschafft im wesentlichen weil die überwältigende Mehrheit dachte, dass es ein archaisches und stupides System ist. KDVer haben definitiv eine Rolle dabei gespielt, diese öffentliche Bewusstsein zu erreichen. Ich denke, das ist das politische Element des individuellen Aktes der Kriegsdienstverweigerung: die Moralität des obligatorischen Militärdienstes in Frage zu stellen. Der Akt der Kriegsdienstverweigerung ist eine öffentliche Erklärung, eine Auseinandersetzung über die Wehrpflicht zu beginnen oder diese Debatte weiterhin zu führen.



Antimilitaristische Kunst aus Kolumbien - zur Verfügung gestellt von Redes Juveniles *Eduardo*

Aus meiner Sicht kann Kriegsdienstverweigerung nie das Recht des Militärs zu existieren in Frage stellen. Eine Entscheidung, nur biologisch angebaute Lebensmitteln zu kaufen, kann ebensowenig die Existenz der Agrarindustrie in Frage stellen. Sie kann eine Debatte starten, andere können ihr folgen, sie kann sich wie eine Krankheit ausbreiten, doch sie bleibt für sich ein individueller Akt. Für mich ist KDV ein individueller Akt, nicht weil der "Menschenrechtsansatz" sie dazu macht, sondern aufgrund des Charakters der Wehrpflicht.

Andreas: Ich stimme teilweise zu - aufgrund ihrer Natur ist KDV ein individueller Akt, denn jede und jeder muss für sich selbst entscheiden, sich dem Militär zu verweigern - und bereit zu sein, mit den Konsequenzen umzugehen. Doch wenn wir damit anfangen, uns zu organisieren - und die War Resisters' International begann als internationales Netzwerk mit dem Schwerpunkt auf Kriegsdienstverweigerung vor mehr als 80 Jahren - dann wird das politisch bedeutsam, und dann ist es wichtig, wie wir unsere KDV darstellen. Sehen wir sie als eine individuelle Frage? Propagieren wir KDV als ein politisches Mittel zur Entmilitarisierung von Gesellschaft, oder gar zur Beendigung von Kriegen? Oder stellen wir sie als ein Problem individueller Menschenrecht dar, ohne Militarismus auch nur zu erwähnen? Geben wir vor, dass das "Problem" der Kriegsdienstverweigerung ohne die Abschaffung des Militärs gelöst werden kann? Ich denke, dass individuelle Handlungen politisch hoch bedeutsam sein können, doch das hängt nicht nur von der Handlung selbst ab, sondern auch davon, wie wir das, was wir tun, darstellen und erklären. Die gleiche Handlung kann, abhängig davon, was wir darüber sagen, eine vollkommen unterschiedliche Bedeutung haben. Osman Murat Ülkes KDV war sehr bedeutsam, nicht nur weil Ossi inhaftiert wurde, sondern auch, weil er eine sehr prinzipielle Position einnahm, und es nicht mit der Kurdistan-Frage verband.

Wenn ich mir die Situation in Israel/Palestina heute ansehe, dann sieht das sehr anders aus. Die steigende Zahl von Verweigerern (refuseniks) - die meisten von ihnen verweigern nur den Dienst in den besetzten Gebieten, oder solange Israel palestinensische Gebiete besetzt hält - ist bedeutsam, nicht weil sie prinzipielle PazifistInnen sind - die meisten sind es nicht - sondern weil sie die israelische Politik militärischer Macht in Frage stellen, und nicht, weil es ein Menschenrechtsproblem ist. Der Rahmen der Menschenrechte ist für unseren Ansatz viel zu eng - er basiert auf liberalen Ideen, und konzentriert sich auf das Individuum, und bezieht gesellschaftliche Fragen nicht mit ein.

Bart: "Das persönliche ist politisch", war ein Slogan der niederländischen feministischen Bewegung. Ich denke die KDV-Bewegung hat ein paar interessante Ähnlichkeiten mit der feministischen Bewegung. Auch wenn ich davon überzeugt bin, das es eine individuelle Handlung ist, ein KDVer zu sein, so schätze ich doch dessen politischen Einfluss sehr. Unter bestimmten Umständen kann dieser Einfluss sehr gross sein.

Doch ich fühle mich sehr unwohl, wenn "wir" (ich vermute Andreas meint damit die WRI) dazu tendieren, uns zu sehr auf die politische Wirkung individueller KDVer zu konzentrieren. Es ist sehr einfach einen KDVer zu nutzen, um unsere politischen Zie-



Solidäritatsaktion für Totalverweigerer.
Photo: Andreas Kiefer

le zu erreichen, wenn - wie Andreas sagt - "wir darstellen und erklären, was wir tuen". Die Stärke des individuellen Aktes der KDV liegt in der persönlichen Erklärung dessen, was er oder sie tut, nicht in der Art wie andere das interpretieren. Viele KurdInnen schätzen Osmans Kampf gegen den türkischen Staat, da es in ihre eigenen politischen Ziele passte. Doch die grosse Wirkung lag darin, dass Osman auch die türkische Bevölkerung ansprach und ihnen seine Gewaltfreiheit zeigte.

Es ist natürlich klar das eine grosse Zahl der sogenannten Refuseniks in Israel keine PazifistInnen sind. Doch sie sind KriegsdienstverweigererInnen, und ihr Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung sollte nicht ignoriert werden. Ganz im Gegenteil: wir sollten auf sie zugehen, sie nach ihren Motiven fragen, sie herausfordern, ob sie unter anderen Umständen bereit wären zu kämpfen. Nur indem wir ihr Menschenrecht respektieren sind wir eventuell in der Lage unsere Werte der Gewaltfreiheit zu verbreiten, und ihnen die politische Bedeutung ihrer individuellen Handlung zu zeigen.

Andererseits, wenn in Südkorea einige AnwältInnen die Frage der KDV als Menschenrecht aufgreifen, dann sage ich ihnen, dass ihre Konzentration auf Menschenrechte keinen politischen Erfolg haben wird, da das die Frage der KDV nur unzureichend beschreibt. Es ist schwierig eine Debatte über die Motive von KDVern zu staten, über Gewaltfreiheit, über das Falsche im Militär, wenn das einzige Argument ist, dass KDV ein Menschenrecht sein soll. Und es ist diese öffentliche Debatte, die sie brauchen, um politische Unterstützung für die Anerkennung der KDV zu bekommen.

Aus meiner Sicht ist es genau der Rahmen der Menschenrechte, der der WRI den Raum bietet, um Ideen über Motive für Kriegsdienstverweigerung zu verbreiten, und eine öffentliche Debatte über die Wehrpflicht zu starten. Es macht keinen Sinn die Idee der KDV als Menschenrecht abzulehnen, noch zu argumentieren, dass das für unseren Ansatz zu eng ist. Ja, es ist eng, basierend auf Liberalismus und Individualismus, doch das gibt uns nur noch mehr Gründe, damit zu arbeiten, und sicherzustellen, dass WRI-Konzepte des gewaltfreien gesellschaftlichen Empowerments und des Antimilitarismus in der Frage der KDV mit eingeschlossen sind.

Andreas: Ich sage nicht, dass der Menschenrechtsanlass sinnlos ist - er hat seine Vorzüge, wenn es um die juristische Auseinandersetzung geht. Doch ich stimmte nicht zu, dass wir den Rahmen der Menschenrechte nutzen können, um Ideen und Motive zu verbreiten. Ich denke, dass der Menschenrechtsansatz uns einschränkt, und es gibt eine Spannung zwischen dem Menschenrechtsansatz - der gesellschaftliche Fragen und Militarismus nicht angeht -, und einer grunsätzlich antimilitaristischen Position, die darauf abzielt, den Militarismus abzuschaffen - ein breites Projekt der Befreiung. Wenn wir uns dieser Spannung bewusst sind, dann können wir sie in unserem Kampf kreativ nutzen - den Menschenrechtsansatz nutzen, wenn es angebracht ist, und ihn hinter uns lassen, wenn er uns im Weg ist, wenn wir gegen Militarismus prinzipiell vorgehen müssen, und nicht nur KDV als Menschenrecht. In diesem Sinne stimme ich zu, dass es nicht notwendigerweise einen Widerspruch zwischen diesen beiden Ansätzen gibt - aber eine Spannung.

Bart: Ich erlebe diese Spannung jetzt seit mehr als 15 Jahren. Das Problem dieser Spannung ist, dass sie leicht benutzt werden kann, um ein Schisma zwischen KDVern, die bereit sind, Kompromisse zu schliessen, und denen, die dazu nicht bereit sind, zu erzeugen. Selbst der Titel dieses Dialogs deutet auf eine solche falsche Antithese. Ich denke, dass die Geschichte von KDV-Bewegungen immer diese Spannung gezeigt hat. Die gute Seite davon ist, dass sie eine Debatte über die Gründe für KDV am Laufen hält. In Ländern, in denen KDVer breite gesellschaftliche Unterstützung für die Schaffung eines KDV-Gesetzes erreicht haben ist es gut, einige KDVer haben, die die anderen KDVer für ihre Bereitschaft, einen Alternativdienst zu leisten, in Frage stellen. Doch auf internationaler Ebene habe ich KDVer gesehen, die KDVer aus anderen Ländern richten und verurteilen, aufgrund ihres Kampfes, KDV per Gesetz anerkannt zu bekommen. Wenn - wie in solchen Fällen - die Spannung zu einer Unterscheidung zwischen dem "guten KDVer" und dem "schlechten KDVer" führt, dann wird sie wirklich kontraproduktiv.

Geschichte des Internationalen Tages zur Kriegsdienstverweigerung

■ Rudi Friedrich

Der Internationale Tag der Kriegsdienstverweigerung ist eng verwoben mit dem Internationalen Treffen der Kriegsdienstverweigerung (ICOM). Das wurde von 1981 bis 1997 alljährlich von Gruppen organisiert, die in der War Resisters' International (WRI) vertreten sind. Es hatte in dieser Zeit z.B. in den Niederlanden, Spanien, Frankreich, Slowenien, Österreich, Ungarn, Türkei, Kolumbien und Tschad stattgefunden. Ging es in den ersten Jahren vor allen Dingen um den Austausch von Ideen und die internationale Vernetzung der aktiven Kriegsdienstverweigerer, so kam mit der Zeit eine zusätzliche Funktion hinzu. In Ländern, in denen die Situation für Kriegsdienstverweigerer äußerst prekär war (und teilweise auch noch ist), führte die internationale Präsenz von Aktiven zu einer Stärkung der im Land lebenden Kriegsdienstverweigerer und deren Initiativen. Es wurde nicht nur die Strategie der Kriegsdienstverweigerung weiter entwickelt, sondern auch ganz praktisch die Bedeutung der Gruppe im Land selbst erhöht. Bedauerlicherweise hat in den letzten Jahren kein solches Treffen mehr stattgefunden.

Das ICOM, an dem regelmäßig etwa 100 Personen aus über 20 Ländern teilgenommen hatten, bildet den Hintergrund des Internationalen Tages der Kriegsdienstverweigerung. Erstmals wurde auf dem ICOM 1985 beschlossen, den 15. Mai dafür auszuwählen und einen gemeinsamen Schwerpunkt zum Thema zu machen. Auf internationaler Ebene sollte damit auf die prekäre Situation von Kriegsdienstverweigerern in bestimmten Ländern oder auf thematische Zusammenhänge hingewiesen werden. So gab es Schwerpunktländer wie Griechenland (1986), Jugoslawien (1987), Polen (1988), Südafrika (1989), Spanien (1990), Türkei (1992), ehemaliges Jugoslawien (1993), Kolumbien (1995). Es gab ebenso inhaltliche Schwerpunkte: Dienstverpflichtungen von Frauen (1991) sowie Asyl für Frauen und Männer, die den Kriegsdienst verweigert haben oder von der Armee desertiert sind (1993). 2001 wurde vom Ratstreffen der War Resisters' International der Schwerpunkt auf die Situation von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren in Angola gelegt. Im Jahr 2002 auf Kriegsdienstverweigerung auf dem Balkan.

Obwohl das ICOM schon seit mehreren Jahren nicht mehr durchgeführt wurde, so hat sich der gemeinsame Aktionstag am 15. Mai durchgesetzt. An vielen Orten beziehen sich Gruppen in ihrer Arbeit zur Kriegsdienstverweigerung darauf. Veranstaltungen, Mahnwachen, Demonstrationen, Aktionen, Seminare, Kampagnen und vieles andere mehr findet gleichzeitig an vielen verschiedenen Orten auf internationaler Ebene statt. Auch wenn die Gruppen diesen Tag inzwischen für das je eigene Thema rund um die Kriegsdienstverweigerung nutzen und es nur noch in Ansätzen einen gemeinsamen inhaltlichen Schwerpunkt gibt, so ist es doch ein Tag, an dem offen wird, dass die Frage der Kriegsdienstverweigerung keine nationale, sondern eine internationale Frage ist und dass in der Vernetzung der Gruppen auf internationaler Ebene eine besondere Stärke der Kriegsdienstverweigerungsbewegung liegt.

Connection e.V., Gerberstr. 5, D-63065 Offenbach, Tel.: +49-69-82375534, Fax: +49-69-82375535, Email: office@Connection-eV.de

War Resisters' International

Spende für die WRI!

Die WRI ist für ihre Arbeit auf Spenden angewiesen. Spende an die War Resisters' International, um unsere Arbeit gegen Krieg und Militarismus zu unterstützen.

Du kannst Deine Spende per Geldauftrag oder per Scheck in £ Sterling (keine Euroschecks!), oder per Überweisung an die WRI, Konto-Nr. 58 520 4004, sort code 72-00-00, Girobank, Merseyside, Britain, schicken.

In einigen Ländern ist eine Überweisung auf ein Konto im Land möglich. In Deutschland können Spenden an den Förderverein War Resisters' International, Konto-Nr. 11787613, Kasseler Sparkasse, BLZ 520 503 53, überwiesen werden.

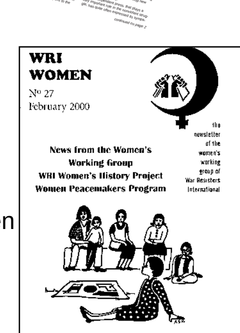
WRI-Publikationen

■ *Peace News*
Das vierteljährlich erscheinende internationale Magazin für FriedensaktivistInnen wird in Kooperation mit der War Resisters' International herausgegeben, und bietet ein hochkarätiges Diskussionsforum und eine reiche Quelle an Informationen für AktivistInnen und ForscherInnen.

■ *Das Zerbrochene Gewehr*
Das Magazin der WRI erscheint in vier Sprachen und gibt vertiefende Informationen zur Arbeit und zu Kampagnen der WRI.

■ *WRI Women*
Das Magazin der WRI-Frauenarbeitsgruppe bietet Informationen zu Frauen und Militär, und zu Aktivitäten von Frauen überall in der Welt.

■ `<wri-info>`
Eine email-Liste, die die website ergänzt, und Informationen zu WRI-Kampagnen und -Veranstaltungen sowie Friedensaktivitäten auf der ganzen Welt bietet.



■ www.wri-irg.org
Die viersprachige Website der WRI mit aktuellen Informationen zur Arbeit der WRI und Links zu den meisten Mitgliedsorganisationen.

Bitte wende Dich an das WRI-Büro, um weitere Informationen zu diesen WRI-Veröffentlichungen zu erhalten.

Das Zerbrochene Gewehr, Mai 2002
War Resisters' International - Internationale der Kriegsdienstgegner/innen
5 Caledonian Road, London N1 9DX, Grossbritannien
Tel.: +44 20 7278 4040; fax 7278 0444; email office@wri-irg.org; website: www.wri-irg.org